

# vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION HESSEN

JUNI 2011

## HESSENS INNOVATIVSTE KRAFT



Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Fraktionssprecher

Der Hessestag 2011 fällt genau auf die Mitte der Wahlperiode des Hessischen Landtags. Deshalb ist diese Sonderausgabe zum Hessestag eine gute Gelegenheit, um eine Halbzeitbilanz zu ziehen.

Wir können mit Fug und Recht sagen: Die SPD-Fraktion ist die innovativste Kraft im Hessischen Landtag.

Es gelingt uns immer wieder, die besseren Alternativen zur Politik dieser inhaltlich ausgezehnten und lustlosen Landesregierung von CDU und FDP zu präsentieren. Das Ziel ist klar: Diese Regierung muss bei der nächsten Landtagswahl abgelöst werden. Wir zeigen aus der Opposition heraus, wie Hessen besser regiert werden kann.

Der „rote Faden“ unserer Politik ist das Thema Gerechtigkeit. Das umfasst soziale Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit, damit starke Schultern mehr tragen als schwache. Dazu gehören auch gerechter Zugang zur Bildung und Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt. Unser Markenzeichen ist der offene Dialog mit allen Betroffenen.

Chancengleichheit in der Schule durch das „Haus der Bildung“, eine neue Politik für die Städte und den ländlichen Raum, Konzepte für gute Arbeit zu fairen Löhnen und die Energiewende – die SPD-Fraktion hat die besten Ideen und Konzepte für unser Land. Wir haben als einzige Fraktion ein Gesetz für die Energiewende und ein Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz in den Hessischen Landtag eingebracht, damit Lohndumping verhindert wird. Zudem haben wir ein komplettes neues Schulgesetz entwickelt, das Ernst macht mit dem Ziel, jedem Kind die besten Chancen zu geben.

Weder die Landesregierung noch eine andere Fraktion haben so umfassend und vollständig sämtliche Arbeitsfelder beackert wie die SPD-Fraktion in der ersten Hälfte dieser Wahlperiode. Wir zeigen: Hessen muss nicht weiter unter Wert regiert werden. Wir sind die Alternative, damit es in unserem Land wieder gerecht zugeht.

Herzliche Grüße

Thorsten Schäfer-Gümbel



**BESUCHEN SIE DIE SPD-FRAKTION VOM 10. BIS 19. JUNI IN DER LANDESAUSSTELLUNG (HALLE 1) AUF DEM HESSENTAG IN OBERURSEL.**

**AM 14. JUNI SIND ALLE INTERESSIERTEN HERZLICH ZUR ÖFFENTLICHEN FRAKTIONS-SITZUNG DER SPD AUF DEM HESSENTAG EINGELADEN. BEGINN: 11.00 UHR, STADTHALLE OBERURSEL.**

## 51. HESSENTAG IN OBERURSEL

**SPD-Informationsstand in der Landesausstellung (Halle 1)**

1961 initiierte der damalige Ministerpräsident Georg August Zinn (1901-1976) den ersten Hessestag in Alsfeld. Die Hessen sollten die gelungene Integration von knapp einer Million Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit feiern und sich kennenlernen. Der populäre SPD-Politiker wollte damals ein Fest schaffen, das die Menschen in Hessen zusammenführt, Alt-ingesessene und Neubürger miteinander in Verbindung bringt und allen Bürgerinnen und Bürgern das spezifisch hessische Heimatgefühl vermittelt. Bis heute hat der Hessestag diesen Charakter als verbindendes Fest aller Hessen bewahrt.

**„Hesse ist, wer Hesse sein will“**

Die 29 Abgeordneten der SPD-Fraktion fühlen sich deshalb ganz im Sinne

Zinns allen Hessen verpflichtet. „Dieses Land braucht dringend eine starke Sozialdemokratie als politisches Korrektiv im Hessischen Landtag“, betont der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. Der SPD-Fraktion sei es in den vergangenen Jahren gelungen, in allen Bereichen parlamentarische Alternativen für eine bessere Landespolitik aufzuzeigen. Es sei allerdings auch Aufgabe der Opposition, eklatantes Missmanagement, kommunalfeindliche Kürzungspläne oder gar den Verdacht der indirekten Parteienfinanzierung aufzugreifen und entsprechend zu kritisieren, so Rudolph. CDU und FDP hätten sich vor Fukushima ja eher als „Erfüllungsgehilfe der Atomwirtschaft“ profiliert. Da fehle es jetzt eben an der energiepolitischen Kompetenz für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Atomenergie. ■

## DIE SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



FOTO: ALEXANDER PAUL ENGLERT

**Vordere Reihe (v. l. n. r.):** Dr. Thomas Spies, Michael Siebel, Heike Habermann, Nancy Faeser, Thorsten Schäfer-Gümbel, Petra Fuhrmann, Günter Rudolph, Lothar Quanz, Brigitte Hofmeyer.

**Mittlere Reihe (v. l. n. r.):** Wolfgang Decker, Timon Gremmels, Dieter Franz, Sabine Waschke, Heike Hofmann, Manfred Görig, Norbert Schmitt, Dr. Michael Reuter, Ernst-Ewald Roth, Reinhard Kahl.

**Obere Reihe (v. l. n. r.):** Heinz Lotz, Torsten Warnecke, Marius Weiß, Lisa Gnadl, Gernot Grumbach, Andrea Ypsilanti, Regine Müller, Uwe Frankenberger, Dr. Judith Pauly-Bender, Gerhard Merz.



## ENERGIEPOLITIK IN EINEM RESSORT BÜNDELN

Brief an Herrn Bouffier

Thorsten Schäfer-Gümbel hat Ministerpräsident Bouffier (CDU) Anfang Mai aufgefordert, die verschiedenen Arbeitsfelder des Bereichs Energie in einem Ministerium zusammenzuführen. Aus Sicht der SPD ist die Energiepolitik kein Unterthema der Umweltpolitik, sondern „Hauptthema der Wirtschaftspolitik“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung soll zum Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung aufgewertet werden. Die Bündelung vermeide Doppelstrukturen, löse gegenseitige Blockaden auf und beschleunige die Energiewende in Hessen. Schon im Jahr 2008 habe die hessische SPD gefordert, das Ressort Energie vollständig dem Wirtschaftsministerium anzugliedern, um die Energiewende schnellstmöglich und effizient umzusetzen.

### IMPRESSUM

Herausgeber:  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:  
Gert-Uwe Mende (verantwortlich),  
Petra Tursky-Hartmann,  
Katja Apelt,  
Oliver Schopp-Steinborn,  
Michael Fraenkel,  
Sarah Schliitt

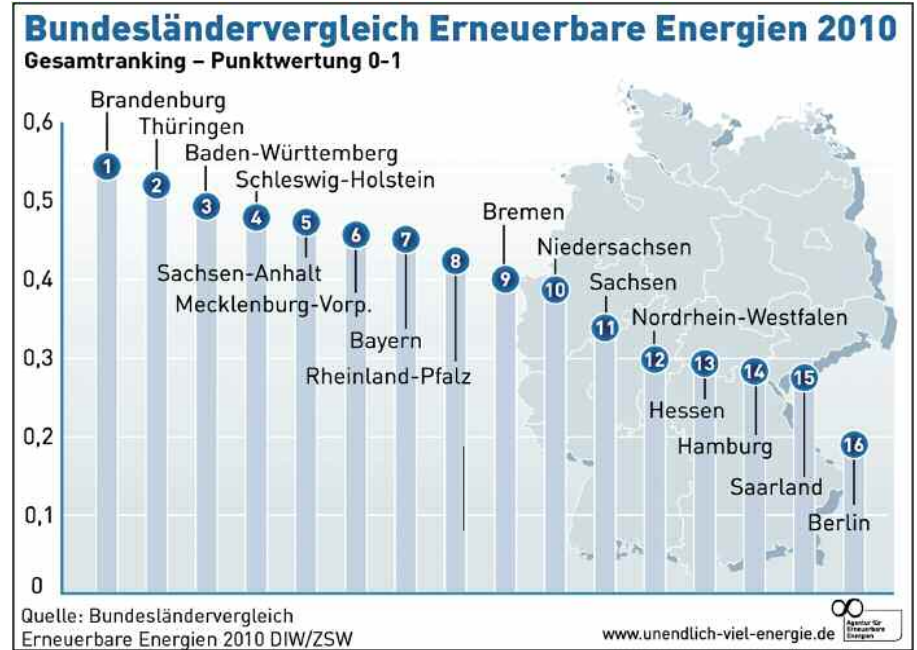
Anschrift:  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

# HESSEN IST SCHLUSSLICHT

## BUNDESLÄNDERVERGLEICH ERNEUERBARE ENERGIEN 2010

Die im Juni 2009 in Kraft getretene europäische Richtlinie zur Förderung Erneuerbarer Energien sieht vor, dass ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch bis im Jahr 2020 in Europa auf mindestens 20 Prozent steigen soll. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn Bundesländer und Kommunen in den Ausbau von erneuerbaren Energien investieren.

Vor diesem Hintergrund hat die Agentur für Erneuerbare Energien im vergangenen Jahr zum zweiten Mal eine Bundesländer-Vergleichsstudie durchgeführt. „Wir wollten herausfinden, wie es um den Wirtschaftsfaktor erneuerbare Energien in den Ländern bestellt ist“, betonte Undine Ziller von der Agentur für Erneuerbare Energien bei der Vorstellung der Ergebnisse vor den Abgeordneten der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Der Bundesländervergleich erlaube, „Vorreiter und Schlusslichter“ zu identifizieren. Hessen halte leider nur Platz 13 und den letzten Platz im Flächenländerranking. Die Daten zeigen aber auch: Überall dort, „wo die Bür-



gerinnen und Bürger Eigeninitiative entwickeln, schneidet Hessen gut ab“. Keine spürbare Entwicklungsdynamik habe man in Hessen dagegen für größere Anlagen, wie z. B. für Windenergie oder Biomasse erfasst. Ziller forderte, den Aus-

bau erneuerbarer Energien nicht nur unter Klimaschutzaspekten zu betrachten, sondern die immense Bedeutung der Energiewirtschaft für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Hessen fest im Blick zu behalten. ■

## MEHR FREIRÄUME FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN

Als Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe in Japan hat die hessische SPD-Landtagsfraktion zehn Forderungen zur Energiewende vorgelegt und Ministerpräsident Bouffier aufgefordert, schnellstmöglich gesetzliche Grundlagen für den Umstieg auf erneuerbare Energien zu schaffen. „Nach den schrecklichen Ereignissen in Japan müssen sich die Bundes- und Landesregierung klar zum Atomausstieg bekennen“, forderte Schäfer-Gümbel. Die hessische SPD habe bereits vor der Landtagswahl 2008 ein klares Konzept für einen hessischen Weg zur Energiewende vorgelegt. Die SPD biete deshalb der Landesregierung Unterstützung bei der Entwicklung einer Umstiegsstrategie an. Allerdings müsse dann mit der „kommunalen Gängelung“ Schluss sein. Dr. Fabio Longo, Vorstandsmitglied von EUROSOLAR, kritisierte die schwarzgelbe Landesregierung, die Städten und Gemeinden, die sich für eine örtliche Energieversorgung aus heimischen erneuerbaren Energien engagierten, zu viele Steine in den Weg legen würden.

„Erneuerbare Energien schaffen Jobs“, stellte der SPD-Abgeordnete Timon Gremmels fest. Im vergangenen Jahr hätten 370.000 Menschen in der Branche für

erneuerbare Energien einen Arbeitsplatz gefunden, im Gegensatz dazu verzeichne die deutsche AKW-Branche lediglich 30.000 Arbeitsplätze. Modellgemeinde für erneuerbare Energien ist das hessische Alheim, wo SPD-Bürgermeister Georg Lütke auf Sonnenenergie, Wasserkraft und Biogas setzt. Er ist stolz darauf, dass die Photovoltaik-Technologie der Kommune hohe Gewerbesteuer-

einnahmen beschere. Aber auch die Gemeinde Viernheim setzt bereits seit den 80er-Jahren auf Klimaschutz. Schwerpunkt der Politik von Bürgermeister Matthias Baaß (SPD) ist Effizienzsteigerung durch Energiesparen. Mit einem Energiesparcheck könne der Verbraucher zu Hause herausfinden, ob er beim Verbrauch von Strom und Wärme bares Geld sparen könne. ■



Anhand von konkreten Beispielen erläuterten der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel gemeinsam mit dem SPD-Sprecher für erneuerbare Energien Timon Gremmels, Matthias Baaß (Bürgermeister von Viernheim), Georg Lütke (Bürgermeister der Gemeinde Alheim) und Dr. Fabio Longo (Vorsitzender EUROSOLAR), wie die Energiewende auf allen Ebenen jetzt umgesetzt werden kann und welche Schritte eingeleitet werden müssen, um schnellstmöglich von der Kernenergie unabhängig zu werden.

# FAIR STATT PREKÄR – GERECHTE LÖHNE STATT LEIHARBEIT

Betriebsrätekonferenz der SPD-Landtagsfraktion und des DGB-Hessen

Die hessische SPD-Landtagsfraktion und der DGB Hessen-Thüringen haben sich bei einer gemeinsamen Betriebsrätekonferenz am 17. März in Frankfurt für gerechte Löhne und faire Beschäftigungsverhältnisse ausgesprochen. „Gerechte Löhne sind die Grundlage einer zukunftsfesten und erfolgreichen Wirtschaft“, erklärte Thorsten Schäfer-Gümbel. Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, müssten von ihrem Lohn leben können. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelte für Frauen und Männer genauso wie für Leiharbeiter und Stammbeschafteten. Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, forderte die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes in Hessen. Durch das Prinzip, dass der billigste Anbieter den Auftrag erhalte, würden Dumpinglöhne auch noch mit Steuergeldern gefördert. Körzell lobte in diesem Zusammenhang die Gesetzesinitiative der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Öffentliche Ausschreibungen dürften nicht die Betriebe benachteiligen, die Tarifverträge einhielten. Nur so könnten Lohndumping und Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Grenzen gesetzt werden.

Gemeinsam forderten sie eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Besorgniser-

regend sei, dass vier von zehn Arbeitnehmern heute in atypischer Beschäftigung, also befristet oder in Leiharbeit, beschäftigt seien. Fakt sei auch, dass jede dritte Frau in Hessen im Niedriglohntsektor arbeite. Problematisch sei, dass die Hälfte aller unter 35-Jährigen noch nie eine unbefristete Stelle gehabt habe. Der IG-Metall-Bezirksleiter, Armin Schild, kritisierte, dass das Instrument Leiharbeit konzipiert worden sei, um Auftragsspitzen abzufangen, jedoch in zwei Drittel der hessischen Metallbe-

triebe kontinuierlich Leiharbeit stattfinde. „Heute wird in der Metall- und Elektroindustrie Leiharbeit hunderrtausendfach dazu missbraucht, Arbeits- und Tarifbedingungen zu unterlaufen“, empörte sich Schild. Er forderte den Gesetzgeber auf, Lohndumping im vorliegenden Entwurf zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) einen Riegel vorzuschieben. Abweichungsmöglichkeiten vom Grundsatz des „Equal Pay“ müssten im AÜG gestrichen werden. ■



Auf einer Betriebsrätekonferenz in Frankfurt diskutierten am 17. März der hessische SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel mit Stefan Körzell (DGB-Landesvorsitzender Hessen-Thüringen), Isaf Gün (IG-Metall-Vorstand, Ressort Frauen und Gleichstellung) und Armin Schild (Bezirksleiter IG-Metall Frankfurt) mit über 50 Betriebsrätinnen und Betriebsräten aus Hessen über gerechte Bedingungen am Arbeitsmarkt. Moderiert wurde die Konferenz von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Petra Fuhrmann.

## BÖRSENSTANDORT FRANKFURT SICHERN

In den Fusionsplänen der Deutschen Börse mit der New Yorker NYSE sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel ein Risiko für den Finanzplatz Frankfurt. Da das Land Hessen die Börsenaufsicht über die Deutsche Börse in Eschborn bei Frankfurt führe, sei sie jetzt in der Pflicht, die geplante Fusion der Börsen von Frankfurt und New York genau zu prüfen. Sollten in Frankfurt Arbeitsplätze verloren

gehen, würde die SPD den Fusionsplänen nicht zustimmen. „Unser Ziel ist vielmehr die Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt“, stellte Schäfer-Gümbel bei einem Treffen mit Betriebsratsvertretern der Deutschen Börse und ver.di fest. Sollten zentrale Geschäftsbereiche der Börse mittelfristig nach New York abwandern, hätte dies unabsehbare Folgen für den Finanzplatz Frankfurt. „Die Finanzkrise hat uns doch allen deutlich vor Augen geführt, dass wir einen starken, geordneten und transparenten Finanzmarkt brauchen“, stellte Schäfer-Gümbel klar. Notwendig sei jetzt die Zentrierung der neuen europäischen Aufsichtsbehörden sowie eines Stabilitätsrats am Standort Frankfurt, die Ausweitung geltender Regulierungs-, Aufsichts- und Transparenzvorschriften auf alle Finanzdienstleistungen, eine Standardisierung derivativer Finanzinstrumente, für die eine grundsätzliche Börsenpflicht gelten müsse, und die Stärkung des leistungsfähigen Sparkassensystems. ■

## PEINLICHE RÜGE FÜR CDU UND FDP

In der sogenannten Steuerfahnder-Affäre haben sich SPD und Grüne vor dem Staatsgerichtshof erfolgreich gegen die schwarzgelbe Landesregierung durchgesetzt.



Norbert Schmitt, MdB

Indem sie den Auftrag des Untersuchungsausschusses erweitert hätten, „haben CDU und FDP die Rechte der Opposition missachtet“, so die Richter einstimmig. Der Ausschuss sollte klären, warum vier Steuerfahnder aufgrund fehlerhafter psychiatrischer Gutachten zwangspensioniert wurden. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Norbert Schmitt, bewertete das Urteil des Staatsgerichtshofs als „schwere juristische Niederlage für die schwarzgelbe Koalition“. Der für die falschen Diagnosen verantwortliche Psychiater ist bereits verurteilt. ■



Günter Rudolph, MdB

## „BEAMTEN-RECHT MUSS TARIFRECHT FOLGEN“

Die Beamten des Landes Hessen dürften nicht von der allgemeinen Entgeltentwicklung abgekoppelt werden, forderte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph. Deshalb erwarte er, dass schnellstens auch die besoldungsrechtlichen Voraussetzungen für die Übertragung der in diesem Jahr vorgesehenen Einmalzahlung von 360,- € sowie der rückwirkenden linearen Erhöhung um 1,5 % zum 01.04.2011 und der Übernahme der weiteren linearen Erhöhung um 2,6 % zum 01.3.2012 geschaffen werden.“

Die Einigung im Tarifstreit zwischen den öffentlich Beschäftigten des Landes Hessen und der Landesregierung Anfang April hatte Rudolph begrüßt. Er zeigte sich erfreut, dass die Tarife der hessischen Beschäftigten nun endlich auch denen der anderen Bundesländer angepasst worden waren und gratulierte den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für diesen Verhandlungserfolg. ■



„Die Börsenfusion schädigt den Finanzplatz Frankfurt.“

# 100 JAHRE UND EIN BISSCHEN WEITER...

## EMPFANG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG 2011

Am 28. Februar begrüßte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Petra Fuhrmann über 300 Frauen im Hessischen Landtag, um das erste Jahrhundert „Weltfrauentag“ zu feiern. Inge Wettig-Danielmeier, langjährige Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), erinnerte in ihrer Festrede an den heftigen Widerstand in der Partei, der den Frauen beim Kampf um die Verankerung der Quote entgegenschlug. Doch die streitbaren Powerfrauen blieben hartnäckig und letztendlich erfolgreich: seit 1988 steht die Quote verbindlich im Organisationsstatut der SPD.

Die vergangenen Jahrzehnte sei jedoch eine Menge Frauenpower notwendig gewesen, um die Situation von Frauen zu verbessern. Fuhrmann bedauerte, dass nur wenige Frauen an die „Schaltstellen der Macht“ gekommen sind. „Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Annemarie Renger, Heide Simonis, Angela Merkel oder Vera Rüdiger

sind Frauen, die eines verbindet“, zog die SPD-Politikerin Bilanz. Sie alle seien Erste auf einer Top-Position in der Politik gewesen – erste Bundesministerin, erste Bundestagspräsidentin, erste Ministerpräsidentin, erste Bundeskanzlerin und erste Ministerin in Hessen. Im Vergleich dazu sehe es in der Wirtschaft eher „düster“ aus. „Auf die erste BDI-Präsidentin oder die erste Bundesbank-Chefin müssen wir wohl noch ein wenig länger warten“, stellte Fuhrmann fest.

1911 hätten sich die Frauen unter dem Motto „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ versammelt. 1931 sei dann die Lösung „gegen Naziterror und Krieg, für Sozialismus und Frieden“ gewesen. 1932 hätten die Nationalsozialisten dann den Internationalen Frauentag verboten und eine „Mutterkreuz-Ideologie“ installiert. Mit dem Engagement der neuen autonomen Frauenbewegung Ende der 60er-Jahre sei dann der 8. März wieder stärker ins Bewusstsein der Gesellschaft gerückt.

Frauenwahlrecht, Mutter- und Kinderschutz und legaler Schwangerschaftsabbruch stehen heute auf der „Habenseite“, zog Fuhrmann Bilanz. Solange Forderungen wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ noch nicht umgesetzt seien, sei der Kampf um Gleichberechtigung noch nicht beendet. „Machen wir der Schnecke Fortschritt endlich Beine!“, bekräftigte sie die Forderungen der Frauen, bevor das Galli-Theater mit „Männerschlußverkauf“ für einen heiteren Ausklang des Abends sorgte. ■



Inge Wettig-Danielmeier und Thorsten Schäfer-Gümbel im Kreise von erfolgreichen SPD-Politikerinnen, Bürgermeisterinnen und Abgeordneten.

FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN



Dr. Thomas Spies, MdB

## RÜGE AUS KARLSRUHE

Als „falsch und handwerklich dilettantisch umgesetzt“ kritisierte Dr. Thomas Spies die Privatisierung der Uniklinik Gießen und Marburg. Die Universitätskliniken waren im Jahr 2006 privatisiert worden. In arbeitsrechtlicher Hinsicht erklärte das Bundesverfassungsgericht im Februar die Privatisierung für teilweise verfassungswidrig. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst dürften nicht gegen ihren Willen zu einem privaten Arbeitgeber verschoben werden. Der gesundheitspolitische Sprecher kritisierte, dass das Land Hessen versäumt habe, entsprechende Rücklagen anzulegen, obwohl schon vor fünf Jahren ein Gericht Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Privatisierung geäußert habe. Spieß forderte, dass die Beschäftigten nun frei wählen sollten, ob sie beim Land Hessen beschäftigt bleiben oder ans privatisierte Uniklinikum wechseln wollten. Die handwerklich in jeder Hinsicht unzureichend umgesetzte Privatisierung sei ein „Desaster“. ■



abgeordnetenwatch.de

## BÜRGER FRAGEN – ABGEORDNETE ANTWORTEN

Wer Fragen zur Bildungspolitik, inneren Sicherheit oder der Energiewende in Hessen hat, kann seit Anfang April alle 118 hessischen Landtagsabgeordneten öffentlich befragen. „Der öffentliche Dialog im Internet schafft mehr Transparenz zwischen Bürgern und Parlamentariern“, ist der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, überzeugt. Mit monatlich fast 400.000 Besucherinnen und Besuchern ist abgeordnetenwatch.de das größte politische Dialogportal Deutschlands. Das Projekt wird durch Spenden, Förderbeiträge und Medienpartnerschaften (u. a. Spiegel-Online) finanziert. ■



Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hatte am 14. April anlässlich des Girls'Days junge Mädchen im Alter zwischen 12 und 15 Jahren zu sich in den Landtag eingeladen. Die 35 Mädchen, die sich an die Wahlkreisbüros der Abgeordneten Fuhr-

## MOTIVIEREN UND MITMACHEN

mann, Faeser, Gremmels, Müller, Hoffmann, Gnadl und Schäfer-Gümbel gewandt hatten, nahmen auch an einer Führung durch den Hessischen Landtag und der Plenarsitzung teil, um sich aus erster Hand über den politischen Betrieb in Wiesbaden zu informieren. ■



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN